

Erklärung von Franz Vranitzky über den Abschluß der EU-Beitrittsverhandlungen (Wien, 2. März 1994)

Quelle: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (Hrsg.). Österreichische außenpolitische Dokumentation, Texte und Dokumente N°3, Juli 1994. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, [s.d.].

Urheberrecht: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_franz_vranitzky_uber_den_abschluß_der_eu_beitrittsverhandlungen_wien_2_mrz_1994-de-55898049-5fd3-4845-b9a5-95e981aa609d.html

Publication date: 20/10/2012

Erklärung des Bundeskanzlers, Dr. Franz Vranitzky, vor dem Nationalrat aus Anlaß des politischen Abschlusses der Verhandlungen über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, Wien, am 2. März 1994

„Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Mit dem gestrigen Abschluß der Beitrittsverhandlungen ist für Österreich das Tor in die Europäische Union offen.

Dieser Weg Österreichs in das vereinte Europa ist so alt wie die gesamte Zweite Republik: Dieser Weg führt von der seinerzeitigen Einbindung in das europäische Wiederaufbauprogramm über die Teilnahme am Marshallplan bis zur Gründung der EFTA; von den Assoziationsverhandlungen in den sechziger Jahren und der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens durch die erste Regierung Kreisky bis zum Abschluß des Europäischen Wirtschaftsraumes im vergangenen Jahr.

All diese Bemühungen zeigen: Für Österreich stand immer fest, daß Friede, Stabilität und Wohlstand nur gemeinsam mit den Demokratien Europas erarbeitet und bewahrt werden können. Ich betone ‚gemeinsam‘, und ich betone ‚Demokratien‘. Die Geschichte dieses Jahrhunderts zeigt, daß es Demokratien waren, die nicht gegeneinander Krieg geführt haben.

Die Entwicklungen im Osten und Südosten unseres Kontinents seit dem Zusammenbruch des Kommunismus haben uns in diesem Bewußtsein nur noch bestärkt, denn für die großen Herausforderungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam zukunftsweisende Lösungen finden.

Dies gilt für die Absicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich, für die Garantie unseres sozialen Netzes ebenso wie für den Schutz der Umwelt, für die zukunftsweisende Verkehrs- und Energiepolitik sowie für die Teilnahme am nächsten Sprung bei Forschung und Entwicklung.

Will unser Land in dieser Situation nicht isoliert und an den Rand gestellt bleiben, so gibt es nur eine Entscheidung, nämlich das klare Bekenntnis zur Integration und das Bekenntnis, nach dem Beitritt zur Europäischen Union solidarisch und aktiv an deren dynamischer Weiterentwicklung mitzuwirken. Wenn wir an dieser europäischen Dynamik teilnehmen und unsere Kreativität, unseren Fleiß und unsere Erfahrungen in das große europäische Ganze einfügen, dann werden wir die großen Projekte der Jahrtausendwende mitgestalten und unsere historische Rolle im Herzen des Kontinents weiter spielen können.

Ich glaube, es ist an diesem für die europäische Integration sehr wichtigen und entscheidenden Tag wichtig, festzustellen, daß diese großen Projekte in der Welt über den Horizont der Europäischen Union hinausgehen. Nichts sollte uns ferner liegen als Eurozentrismus oder der Gedanke an eine abgeschottete Festung namens Europäische Union.

Diese Projekte und die dafür notwendigen Anstrengungen umfassen also die Einbeziehung der Reformstaaten in einen gemeinsamen Raum der Stabilität, der Prosperität und der Demokratie genauso wie die Öffnung zu den dynamischen, neuen Wirtschaftsräumen in Ost- und Südostasien und in Lateinamerika wie auch die Neugestaltung unserer Beziehungen zu den Völkern des Südens.

Meine Damen und Herren! Vor 50 Jahren haben die Überlebenden von zwei Weltkriegen auf ein gemeinsames Europa gesetzt. Ihr Ziel hieß: Nie wieder Krieg! und ihr Weg führte in die Europäische Integration. In dieser Gemeinschaft haben sich Völker versöhnt, die jahrhundertlang Krieg gegeneinander geführt haben, und sie hat Nationen, die das Joch der Diktatur abgeschüttelt haben, ihren Platz in Europa gesichert.

Die Europäische Union ist damit zum Garanten für Frieden und Sicherheit ihrer Mitgliedsländer geworden. Und Österreich hat die Chance, unter Beibehaltung seiner Neutralität Mitglied dieser Friedensgemeinschaft zu werden und an ihrem Ausbau zu einem ganz Europa umspannenden System der Sicherheit mitzuarbeiten.

Heute ist es denkunmöglich geworden, daß Bürger von Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegeneinander Krieg führen, aufeinander schießen, und damit wird diese europäische Einigung - neben allen

wirtschaftlichen, neben allen sozialen und ökologischen Fragen - vor allem ein ganz großes Friedensprojekt der Geschichte. Gerade angesichts der Unsicherheiten nicht weit entfernt von unserem Land wollen wir ganz bewußt an diesem großen Friedensprojekt teilhaben und es mit anderen Gleichgesinnten auch mitgestalten.

Es ist immer wieder die Rede davon - das ist jetzt Mode -, daß es in der Politik an großen Entwürfen, an den Visionen mangle. Ich frage: Was, wenn nicht die friedliche Einigung des Kontinents, auf dem wir leben, was, wenn nicht das Zusammenwachsen der unterschiedlichen Völker und Kulturen, sollte eine solche Perspektive sein, eine Aufgabe, der es sich zu widmen lohnt?

Aber es gibt natürlich auch sehr viele pragmatische Gründe, warum wir als österreichische Bundesregierung den Österreicherinnen und Österreichern vorschlagen, Mitglied der Europäischen Union zu werden, warum wir als österreichische Bundesregierung dafür arbeiten und uns dafür exponieren. Denn auch das sei hier und heute einmal mit aller Deutlichkeit gesagt: Österreich hat in den vergangenen Monaten, Wochen und vor allem Tagen mit Härte, mit Konsequenz und auch mit Durchhaltevermögen seine Interessen dargelegt, vertreten und auch durchgebracht. Es hat sich bei den Verhandlungen gezeigt, daß wir Österreicher, wenn es darauf ankommt, zusammenstehen und an einem Strang ziehen können.

Wir können heute mit einiger Befriedigung sagen, daß wir das, worauf es uns als Österreicher ankommt, in die Europäische Union einbringen werden und daß wir die Vorteile genießen, aber auch die Pflichten, die sich aus einer Mitgliedschaft ergeben, wahrnehmen werden. Und ich hoffe sehr und glaube eigentlich auch, daß die harten Verhandlungen, die in in- und ausländischen Zeitungen gelegentlich auch kritisch angemerkt wurden, im Laufe der Zeit als Respekt gegenüber Österreich zur Kenntnis genommen werden.

Hohes Haus! Es ist in dieser Stunde auch wichtig, daß wir in dem Bekenntnis und in der Absicht, an einem offenen Europa, an einem Markt ohne Grenzen teilzunehmen, der unseren Produzenten und Konsumenten so viele neue Möglichkeiten eröffnet, aber natürlich auch neue Herausforderungen bietet, feststellen, daß es mit dieser Marktöffnung Anpassungen geben wird, Anpassungen, damit sich auch die, die sonst Schwierigkeiten hätten, umstellen können. Im übrigen sind dies Umstellungen - das möchte ich betonen -, die mit Mitgliedschaft in der Europäischen Union und ohne Mitgliedschaft in der Europäischen Union notwendig sind.

Dieser Markt wird aber auch so geöffnet, daß wir unsere kulturellen und unsere ökologischen Interessen wahren und erweitern können. Österreich wird seine eigenen beibehalten, aber gleichzeitig einbringen können in ein größeres Europa, in eine kulturelle Vielfalt. Wir werden und wir wollen die Vorreiterrolle als mustergültiger Wohlfahrtsstaat und die Vorreiterrolle im Umweltbereich bewahren und ausbauen können. Vor allem wird dieses Österreich, dieses kleine, kaum 8 Millionen Einwohner umfassende Land im Herzen Europas, dessen Name zu lang ist, um Platz zu finden als Einzeichnung in einem üblichen Schulglobus, teilhaben an einem großen Markt der 320 Millionen, der ohne Beitritt natürlich viel schwerer zugänglich wäre.

Der Herr Außenminister hat die wichtigsten Beispiele, die wesentlichsten Ergebnisse der Verhandlungen schon erwähnt. Nur in Ergänzung füge ich hinzu: Die österreichischen Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsstandards bleiben aufrecht. Darüber hinaus hat sich die Europäische Union erstmals in ihrer Geschichte vertraglich zu einer ökologischen Zielsetzung verpflichtet.

Der Außenminister hat darauf hingewiesen - ich unterstreiche auch sehr seine Anmerkung darüber -, daß Österreich weiterhin am Verbot der Nutzung der Kernenergie festhält und sein Engagement für ein atomfreies Mitteleuropa fortsetzen wird können.

Für die künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes bedeutet der Verhandlungsabschluß eine substantielle Weichenstellung. Die volle und gleichberechtigte Teilnahme am großen europäischen Binnenmarkt wird es Österreich erlauben, alle Vorteile, die dieses gemeinsame Europa bietet, für sich zu nutzen. Gleichzeitig werden dadurch bestehende Ausgrenzungsnachteile beseitigt und die Gefahr künftiger Diskriminierungen ausgeschlossen. Insbesondere ist dadurch gesichert, daß Österreich seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort an der Nahtstelle zwischen Ost und West weiter nützen und

zusätzlich ausbauen wird können, womit positive Impulse für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gesetzt werden.

Wir werden hier eine sehr intensive und aufklärende Diskussion mit jenen Staatsbürgern führen, die sich gelegentlich die bange Frage stellen, warum wir denn einem Wirtschaftsraum beitreten wollen, der im Durchschnitt eine höhere Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat als Österreich. Hier sind Fragen offen, hier sind Antworten zu geben. Wir werden sie geben.

Verbleibende Exportbarrieren werden fallen, Firmenkooperationen werden durch Steuerharmonisierung und gemeinsame Handelspolitik wesentlich erleichtert. Und so fallen auch die beträchtlichen Wettbewerbsnachteile, die sich für österreichische Unternehmen durch die komplizierten europäischen Ursprungsregelungen ergeben, weg.

Das Verschwinden der Zollkontrollen und Grenzkontrollen bedeutet nicht nur eine Kosteneinsparung bei den Unternehmungen in Milliardenhöhe, sondern auch beachtliche Preisvorteile für die Konsumenten, insbesondere im Bereich der Nahrungs- und Genußmittel und der Güter des täglichen Bedarfs, wodurch gerade die Bezieher niedriger Einkommen von dieser Entlastung profitieren.

Meine Damen und Herren! Der Politik wird von den Staatsbürgern oft vorgehalten: Ihr Politiker beschreibt uns immer die Vorteile unserer Teilnahme an der Europäischen Integration, es muß doch auch Nachteile geben. Verschweigt uns diese nicht! - Wir werden sie nicht verschweigen, und ich greife hier an dieser Stelle gleich einen Punkt heraus, der zeigt, daß es Nachteile gibt, die aber zu beseitigen sind, die bewältigt werden können.

Wenn sich so manche Staatsbürger Sorgen machen, daß die Sicherheit des Landes durch den Wegfall der Grenzkontrollen gefährdet werden könnte, dann ist es an der Bundesregierung, in Österreich und gemeinsam mit anderen über die jeweiligen Innenressorts und die Sicherheitsbehörden für eine andere, für eine neue Art der Kontrollen zu sorgen, sodaß diese Angst des Staatsbürgers über den Wegfall der Grenzkontrollen beseitigt werden kann.

Insgesamt, meine Damen und Herren, sei noch auf die kräftigen Wohlfahrtsgewinne verwiesen, die sich aus dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ergeben und die sich nach den vorläufigen Berechnungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung in den nächsten fünf Jahren auf netto rund 50 Milliarden Schilling belaufen werden, was einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von 2 Prozent und einem Plus an neuen Arbeitsplätzen von rund 30000 entspricht. Weitere Einkommensgewinne werden sich aus der schrittweisen Verwirklichung der Wirtschaftsunion und der Währungsunion ergeben.

Daher komme ich, Hohes Haus, an den Anfang meiner Anmerkungen zurück, daß mit dem Abschluß der Verhandlungen in Brüssel für Österreich das Tor in die Europäische Union offen ist. Ob wir letztendlich durch dieses Tor auch durchgehen, wird die österreichische Bevölkerung in einer demokratischen Entscheidung bestimmen.

Bis dahin haben wir noch sehr viel Arbeit vor uns. Viele Bürgerinnen und Bürger des Landes haben sich bereits ihre Meinung gebildet. Doch wollen wir auch jene Staatsbürger gewinnen, die noch zögern oder die den Weg nach Europa nicht oder noch nicht mitgehen wollen.

Wir werden daher in den nächsten Monaten eine sehr offene Diskussion zu führen haben, weil es nicht darum geht, daß wir überreden wollen, sondern weil es darum geht, die Menschen von einem Weg zu überzeugen, von dem wir glauben, daß er für die Zukunft der bessere ist, und von dem wir überzeugt sind, daß wir in der Wahrnehmung unserer Verantwortung als österreichische Bundesregierung dieses Ziel auch zu verfolgen haben. Es ist ein Weg, der gemeinsam mit den anderen Staaten der Europäischen Union und wahrscheinlich auch mit den nordeuropäischen Staaten in eine gemeinsame, in eine friedliche europäische Zukunft führen soll."

(Sten. Prot. NR, XVIII. GP, 155. Sitzung am 2. März 1994, S. 17965 ff.)